Pressemeldung



Landesjugendring zieht positive Bilanz zur Arbeit der aktuellen Regierung und sieht weiteren Handlungsbedarf

"Wir freuen uns, dass die neue Landesregierung und auch die Oppositionsparteien die Arbeit der Jugendverbände und das Engagement junger Menschen wertschätzt", so der Vorsitzende Volker Steinberg. Der Landesjugendring sei in den vergangenen zwei Jahren mit Vertreter_innen aller Parteien zu Gesprächen zusammengekommen. "Trotz der angespannten Haushaltslage wird die Notwendigkeit stabiler finanzieller Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit erkannt" bilanziert Steinberg. Dass Jugendarbeit einen hohen Stellenwert in der Landesregierung einnimmt, zeigt sich auch im aktuell vorliegenden Entwurf des Landeshaushaltes, der die Mittel für Jugendarbeit weitgehend von Kürzungen verschont und in dem wichtigen Bereich Ferienfreizeitmaßnahmen sogar ausbaut. "Wir würden es als ein starkes Zeichen zur Würdigung ehrenamtlichen Engagements sehen, wenn es für diesen finanziellen Ausbau eine fraktionsübergreifende Mehrheit im Landtag geben würde. Und wir hoffen, dass sich diese Einsicht in die Notwendigkeit einer verlässlichen Förderung der Jugendarbeit auch in die Kommunen hinein fortsetzt".

Steinberg begrüßt auch die politische Initiative der Landesregierung zur Absenkung des Wahlalters: "Junge Menschen haben ein großes Interesse daran, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten." Der Landesjugendring hoffe, dass auch die rheinland-pfälzische CDU ihre Haltung in dieser Frage noch einmal überdenkt. "Die Absenkung des Wahlalters, gemeinsam getragen von allen Landtagsfraktionen: das wäre ein starkes Signal dafür, dass man Jugendliche in ihrer politischen Entscheidungsfähigkeit ernst nehmen möchte", so Steinberg.

Weiteren Handlungsbedarf sieht der Landesjugendring nach wie vor in Hinblick auf gute Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen und der außerschulischen Jugendbildung: "Die Ausdehnung der Schulzeit im Rahmen des Ausbaus der Ganztagsschule, die gestiegenen Anforderungen im schulischen Alltag und die Verdichtung der Bildungsprozesse an den Hochschulen gehen zu Lasten des ehrenamtlichen Engagements und der Lebensqualität junger Menschen. Dadurch werden die zeitlichen Möglichkeiten, die Angebote der außerschulischen Jugendbildung wahrzunehmen, stark eingeschränkt" stellt Steinberg fest. Dabei wolle man keineswegs das System der Ganztagsschule in Frage stellen - vielmehr gehe es um die Ermöglichung eines gleichberechtigten Nebeneinanders von Schule und informellen Bildungsorten: "Wir fordern landesweit verbindliche Freistellungsregelungen für Schüler_innen und Studierende, die sich ehrenamtlich engagieren sowie die stärkere Anerkennung von Jugendverbänden als Bildungsträger. Angesichts der bisherigen guten Erfahrungen wünscht sich der Landesjugendring, dass wir auch in der kommenden zweiten "Halbzeit" gemeinsam mit den politischen Entscheidungsträger_innen daran arbeiten können, die Rahmenbedingungen von Kinder- und Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz zu verbessern und dem ehrenamtlichen Engagement junger Menschen die verdiente Anerkennung zu verschaffen."

Der Landesjugendring Rheinland Pfalz ist der Zusammenschluss von derzeit 23 Jugendverbänden in Rheinland-Pfalz und die Lobby für Kinder und Jugendliche in Politik und Gesellschaft.

Weitere Informationen unter <u>www.ljr-rlp.de</u> oder in der Geschäftsstelle des Landesjugendringes RLP, Telefon 06131-960 200 oder <u>info@ljr-rlp.de</u>

Nora David, Bildungsreferentin, Landesjugendring RLP